



Positionspapier ländlicher Raum

Präambel

Mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt auf dem Land. Umfragen zeigen, dass über 60 Prozent der Menschen gerne „auf dem Dorf“ oder in einer Kleinstadt leben möchten.

Viele Gründe sprechen für ländliche Räume:

Eine hohe Lebensqualität, die Nähe zur Natur, sozialer Zusammenhalt und gute Nachbarschaft, die Chance den Traum vom eigenen Haus realisieren zu können, mehr Ruhe und weniger Stress. Besonders seit der Corona-Pandemie steigt das Interesse am Landleben.

Das gilt vor allem für Menschen zwischen 30 und 50 Jahren. Auch hohe Lebenshaltungskosten in Großstädten spielen eine Rolle, sind aber nicht entscheidend.

Wir Freien Demokraten sagen: Ländliche Regionen sind die Heimat der Zukunft. Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Menschen gut auf dem Land leben können. Dafür müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Das gilt für die Themen Mobilität und digitale Infrastruktur, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungschancen und kulturelle Teilhabe sowie die Gesundheitsversorgung.

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

MOBILITÄT UND ENERGIE IM LÄNDLICHEN RAUM

Digitale Infrastruktur

Die Bereitstellung einer flächendeckenden, leistungsfähigen Infrastruktur ist Kernaufgabe des Staates.

Dazu zählt heutzutage selbstverständlich auch die digitale Infrastruktur. Niemand kauft ein Haus in einem Ort ohne Glasfaseranbindung, kein Unternehmen lässt sich in einem Ort nieder, in dem keine flächendeckende 5G-Versorgung gewährleistet ist.

Das Home-Office hat für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Bedeutung gewonnen, aber längst nicht jeder Haushalt, nicht jede Ortschaft verfügen über einen entsprechend guten Internetanschluss. Die Landwirtschaft ist innovativ und nutzt zunehmend digitale Tools, aber ein intelligenter Stall nützt wenig, wenn der nächste Datenhighway zu weit entfernt ist. Deshalb braucht es Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt, jedes Unternehmen und jede Schule und eine flächendeckende 5G Versorgung – besonders auf dem Land.

Verkehrsinfrastruktur

Um den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum gerecht zu werden, braucht es bessere Ideen als Bürgerbus und Mitfahrerbank. Für die Verkehrsinfrastruktur in Hessen waren die vergangenen 9 Jahre verlorene Jahre.

Das Landesstraßennetz befindet sich in Folge von über viele Jahre negativen Nettoinvestitionen in einem desolaten Zustand. Die Hälfte der hessischen Landstraßen ist in einem schlechtem (23,9%) oder sogar sehr schlechtem (25,1%) Zustand. Die Schieneninfrastruktur ist um lediglich 4 Kilometer (in Frankfurt) angewachsen. Bei den Reaktivierungen stillgelegter Schieneninfrastruktur wurde der letzte Erfolg mit der Bahnstrecke Frankenberg-Korbach bereits 2015 abgeschlossen.

Ein Schnecken tempo zeigt sich auch bei den in die Zuständigkeit des Landes fallenden Radwegen an Landstraßen: Lediglich 4 Kilometer pro Jahr wurden unter schwarz-grüner Regierungsverantwortung in ganz Hessen zugebaut.

Wir wollen ländliche Regionen stärken, indem wir Investitionen – ohne Scheuklappen – in eine multimobile Verkehrsinfrastruktur deutlich voranbringen. Neben der Erhöhung der Mittel für die Landesstraßen auf 200 Millionen Euro jährlich wollen wir Landkreise, Städte und Gemeinden mit über 200 Millionen Euro im Jahr beim Erhalt und Ausbau ihrer Verkehrswege für Auto- und Radfahrer unterstützen. Die Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnen zum Einpendeln in die Metropolen und in den ländlichen Raum stärkt zudem dessen Attraktivität.

On-demand Verkehre

Wir Freie Demokraten stehen für eine ideologiefreie und technologieoffene Verkehrspolitik, die alle Verkehrsträger in den Blick nimmt. Autonom fahrende, vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV und innovative Mobilitätsplattformen können in ländlichen Regionen zusätzliche Angebote und mehr Flexibilität ermöglichen und lassen sich auch dort schneller entwickeln, da weniger Dichtstress im ländlichen Versuchsraum vorherrscht.

ÖPNV-Investitionen dürfen deshalb nicht auf den Ballungsraum beschränkt werden. Besonders im ländlichen Raum sehen wir große Potenziale für On-Demand Verkehre insbesondere da, wo keine reguläre ÖPNV-Versorgung gewährleistet werden kann. Um konkrete Einsatzmöglichkeiten zu erproben, wollen wir multimobile Pilotprojekte der Kommunen fördern und die heimische Wirtschaft integrieren.



» WIR BRAUCHEN ECHE INVESTITIONEN IN MOBILITÄT STATT BÜRGERBUSSEN UND MITFAHRERBÄNKEN! «

Stefan Naas

Azubi-Shuttles

Mittelständische Betriebe und insbesondere Handwerker haben, selbst wenn noch ein entsprechendes Berufsschulangebot vorhanden ist, vielerorts große Probleme Auszubildende zu gewinnen. Das Problem wird durch fehlende ÖPNV-Angebote in ländlichen Regionen verschärft.

Wir Freie Demokraten wollen die Entwicklung und den Betrieb von besonderen Mobilitätsangeboten für Auszubildende in ländlichen Regionen der Einrichtung von „Azubi-Shuttles“ unterstützen. Solche „Azubi-Shuttles“ sind Kleinbusse, die in den Regionen, in denen es kein oder nur ein sehr eingeschränktes ÖPNV-Angebot gibt, Auszubildende zum Ausbildungsbetrieb und zurück nach Hause befördern.

Bei dem angestrebten Förderung geht es nicht in erster Linie um eine dauerhafte Finanzierung durch das Land, sondern um die Einrichtung, Entwicklung und die Organisation des Betriebs der Azubi-Shuttles. Nach Ablauf einer Startfinanzierung sollen sich regionale Azubi-Shuttles idealerweise selbst finanzieren können.



Energie erzeugen mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Agri-PV-Anlagen

Es ist davon auszugehen, dass durch den Bau von Freiflächen-PV-Anlagen der Druck auf Flächen, die als Vorbehalts- und Vorranggebiete für Landwirtschaft ausgewiesen sind, zunehmen wird. Für die Sicherung unserer Ernährung ist es notwendig, hochwertige landwirtschaftliche Böden vor einer übermäßigen Inanspruchnahme durch Freiflächen-PV zu schützen. **Wir möchten hessische Freiflächensolaranlagenverordnung im Hinblick auf die Ausbauziele und zum Zwecke der Priorisierung der Flächenpotenziale anpassen.**

Folgende Flächen sollen als Standorte für FF-PVA potenziell bevorzugt in Anspruch genommen werden – in der Reihenfolge:

- Bereits versiegelte Flächen (Dächer von Hallen oder Gewerbebauten, Maschinenhallen, Parkplätze, Konversionsflächen etc.)
- Rekultivierte landwirtschaftliche Flächen, Flächen auf ehem. Deponien
- Absolutes Grünland und Flächen mit starker Hangneigung oder ungenutztes Grünland
- Ackerland mit niedrigerer Qualität (Bodenwertzahl) oder Restflächen an Straßen, Autobahnen, Baugebieten etc. mit schlechtem Zuschnitt

Für Bauanträge auf FF-PVA auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten werden wir eine Ver-

pflichtung zur Suche nach Alternativen gesetzlich festschreiben. Die örtlichen Landwirte sind anzuhören und zu beteiligen, um die Auswirkungen auf die Agrarstruktur bewerten zu können.

Bei Agri-Photovoltaik-Anlagen (Agri-PV) handelt es sich um auf landwirtschaftlich genutzten Flächen aufgestellte Photovoltaikmodule, bei denen zwischen oder unter den Modulen weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung stattfindet. Erfahrungen mit Agri-PV liegen in Deutschland aktuell ausschließlich über wenige Versuchsanlagen vor. Wir wollen die Forschung im Bereich Agri-PV-Anlagen verstärken und den Aufbau von Pilotanlagen fördern.

Natürliche Energieträger nutzen: Holz, Biomasse und Biomethan

In ländlichen Regionen gibt es großes Potential zur Nutzung von Holzabfällen, biologischen Abfällen wie Straßenbegleitgrün, Abfällen aus der Biotonne, Resten von Molkereien und Brauereien. Überall da bleiben biogene Abfallstoffe zurück, die zur Energieerzeugung genutzt werden können.

Diese Energieträger sind vollständig klimaneutral und damit zukunftssicher. Wir stärken damit außerdem regionale Wertschöpfung und tragen zur Kostensenkung beim Ausbau des Stromnetzes bei. Biogene Reststoffe können aber nicht nur zur Stromerzeugung, sondern auch zur Wärmeversorgung beitragen. Mit Nahwärmenetzen können private Verbraucher und Unternehmen mit klimafreundlicher Wärme versorgt werden. Diese Initiativen wollen wir stärker unterstützen.

In ländlichen Regionen sind Wasserkraftwerke eine zukunfts-trächtige Energiequelle. Seit Jahrhunderten nutzen Mühlen die Wasserkraft zur Energiegewinnung. Wasserkraft ist eine schonende, natur- und umweltfreundliche Art der Energiegewinnung. Heute sind über 600 kleine Wasserkraftwerke hessenweit im Einsatz, die vor Ort einen wichtigen Beitrag zur CO₂-freien dezentralen Stromerzeugung leisten können. Wassermühlen sind Teil unserer Kulturlandschaft und leisten oft einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung.

Die von der Landesregierung verfügbaren Beschränkungen durch den Mindestwassererlass führen aber zu einer Gefährdung für einen großen Teil der Anlagen. Wir setzen uns dagegen dafür ein die Wasserkraft stärker zu nutzen und bestehende Anlagen zu modernisieren. Damit könnte ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der regionalen Stromversorgung geleistet werden. Genehmigungsverfahren wollen wir deshalb vereinfachen und verkürzen. Um den Fischbestand zu schützen sollen entsprechende Schutzvorkehrungen, z. B. Fischtreppe, gefördert werden.

Heizen und kommunale Wärmeplanung

Jeder Eigentümer soll selbst entscheiden können, mit welcher Heizung die eigenen vier Wände versorgt werden. In ländliche Regionen ist die Wärmeversorgung in der Regeln nicht leitungsgebunden, d.h. es gibt weder Fernwärmenetze noch einen Gasanschluss für jedes Haus.

Wir setzen uns deshalb dafür ein auch künftig Holz als klimaneutralen Energieträger in Form von Holzscheiten, Holzpellets oder Hackschnitzeln nutzen zu können. Insbesondere Blockheizkraftwerke auf der Basis von Pellets oder Hackschnitzeln bitten in die Möglichkeit durch ein Nahwärmenetz Verbraucher günstig, regional und klimaneutral mit Wärme und Strom versorgen zu können.

PV-Anlagen und Solarthermie können in Kombination mit anderen Heizungen ebenfalls dazu beitragen, das eigene Haus wirtschaftlich und klimafreundlich mit Wärme zu versorgen. Auch die Nutzung von wasserstofffähigen Brennwertheizungen wird künftig möglich, wenn entsprechende Wasserstofftanks verfügbar sind.

WELTBESTE BILDUNG AUF DEM LAND: VON DER KITA BIS ZUM BERUF

KiTa-Betreuung

Für uns Freie Demokraten beginnt Bildung nicht erst im Schulalter. Schon in der Kinderkrippe und im Kindergarten lernen Kinder. In dieser Zeit werden ihre sprachlichen, motorischen und sozialen Kompetenzen entwickelt. Gerade für junge Familie ist es deshalb wichtig, dass auch in ländlichen Gemeinden ausreichend Krippen- und Kitaplätze verfügbar sind. Wir wollen Gemeinden dabei unterstützen, ihre Angebote auszuweiten und pädagogisch wertvoll auszugestalten. Dazu bedarf es eines Kita-Bauförderprogramms des Landes für ländliche Kommunen, um Neubauten und die Sanierung bestehender Einrichtungen zu finanzieren.

Oftmals fehlt es an Erzieherinnen und Erziehern. Um den Beruf attraktiver zu machen, wollen wir den Berufseinstieg erleichtern und die Praxisintegrierte vergütete Ausbildung ausbauen sowie eine flächendeckende Ausbildungsvergütung umsetzen. Damit wird nicht nur der praktische Ausbildungsteil gestärkt, angehende Erzieherinnen und Erzieher bekommen auch von Beginn an eine Ausbildungsvergütung.

Die Ausbildung der Erzieherinnen findet in den Fachschulen für Sozialwesen statt. Wir wollen mehr Plätze an den Fachschulen schaffen. Wichtig ist dabei, dass es ausreichend Schulen in der Fläche gibt, denn wohnortnahe Schulen sind die Fortsetzung um den Beruf der Erzieherinnen bzw. des Erziehers auch in ländlichen Regionen attraktiver zu machen. In Hessen gibt es viele ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, die nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten. Durch ein Sonderprogramm zum Wiedereinstieg wollen wir „rückkehrbereite“ Erzieherinnen und Erzieher ermutigen. Um die Attraktivität des Berufs zu verbessern, sollen die Aus- und Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden. Dazu gehören auch Freistellungen und mehr finanzielle Förderung.

Schule

Möglichst wohnortnahe Grundschulen nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ sollen Vorrang vor starren Vorgaben für Mindestklassengrößen haben. Altersübergreifende Beschulungskonzepte und die digitale Vernetzung von Grundschulen können

beitragen, kleinere Schulen in der Fläche zu erhalten. Die Staatlichen Schulämter und die Landkreise als Schulträger sollen gemeinsam langfristige Standortkonzepte für kleinere Schulen entwickeln. Dabei können Kooperationen mit anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sinnvoll sein, beispielsweise mit Kindergärten. Vor dem Hintergrund des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs braucht es auch in diesem Bereich eine vom Land koordinierte Bedarfsplanung, die eine wohnortnahe Abdeckung mit ganztägigen Angeboten in ganz Hessen zum Ziel hat.

Auch für weiterführende Schulen sollen Standortkonzepte entwickelt werden. Die digitale Vernetzung bietet ausreichend Chancen, um notwendige Spezialisierungen und fachliche Vertiefung auch an mehreren Standorten zu ermöglichen. Es soll der Grundsatz gelten: Flächenversorgung vor Zentralität. Die Landkreise als Schulträger sollen die Schülerverkehre durch innovative Beförderungskonzepte sicherstellen, beispielsweise durch Nutzung von On-Demand-Verkehren. Kleinere, übersichtlichere Klassen erlauben zudem eine individuellere Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Berufliche Bildung stärken – Berufsschulstandorte erhalten

Für die mittelständisch geprägten ländlichen Räume sind regional erreichbare Berufsschulen von großer Bedeutung. Viele junge Menschen haben Interesse an einem Ausbildungsberuf, aber dafür ist es notwendig wohnortnahe berufliche Schulen bereitzuhalten. Deshalb soll auch hier gelten, Flächenversorgung vor Zentralität. Die Berufsschule ist einer der beiden Lernorte im dualen Berufsausbildungssystem. Für das Erreichen des Ausbildungsziels ist ein regelmäßiger Berufsschulbesuch erforderlich. In der Regel ist jeder, der eine duale Ausbildung („Lehre“) durchläuft zum Besuch der Berufsschule verpflichtet.

Für viele Jugendliche ist die Frage, ob der angestrebte Beruf wohnortnahe erlernt werden kann, von entscheidender Bedeutung. Wenn Klassen für bestimmte Berufe geschlossen werden, entscheiden sich potenziell Interessierte entweder für die Abwanderung in den Ballungsraum, oder für einen anderen Beruf. Der ländliche Raum verliert in diesem Fall dringend benötigte Fachkräfte.

Wir Freie Demokraten wollen deshalb ein dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen erhalten, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige so gering wie möglich zu halten. Dafür sollen alternativ zum herkömmlichen Präsenzunterricht auch Unterrichtsformen wie Teilpräsenz oder Online-Unterricht angeboten werden, um Standorte in der Fläche zu sichern. Folglich gelten die Anforderungen zur Digitalisierung des Schulbetriebs gleichermaßen.

Akademische Bildung in die Fläche bringen

Junge Menschen verlassen ländliche Regionen oft wegen der Aufnahme eines Studiums. Wir sehen in dualen Studienangeboten die Chance, akademische Bildungsangebote aufs Land zu bringen und damit jungen Menschen in der Region attraktive Perspektiven aufzuzeigen. Nach dem Vorbild der Technischen Hochschule Mittelhessen, die zahlreiche Standorte in ländlich geprägten Mittelzentren unterhält, wollen wir die Anzahl dualer Studienangebote hier deutlich ausbauen. Der Ausbau der Studienangebote in der Fläche soll sich eng am Bedarf des örtlichen Arbeitsmarkts orientieren. Damit wird zugleich ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung in ländlichen Regionen geleistet.





LEBENDIGE ORTE FÜR EINEN LEBENSWERTEN LÄNDLICHEN RAUM

Vitalisierungsfonds für unsere Ortskerne: Entwicklungspotenziale in den Dörfern nutzen

Die Landesplanung muss zeitnah den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen angepasst werden. Der Bestand, die mögliche Niederlassung oder Gründung von gewerblichen Unternehmen stehen und fallen heute mit der lokalen Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Förderprogramme müssen daher ländliche Städte und Gemeinden darin unterstützen, ihre vorhandene Lebensqualität zu bewahren und auszubauen, um ansässige Arbeitskräfte vor Ort zu halten und attraktiv für Zuzug zu werden. Gerade die Lebensphase der Familiengründung bietet dem ländlichen Raum die Chance, sich als attraktiver Lebensmittelpunkt anzubieten. Zur Vitalisierung von vom Leerstand bedrohten Dörfern und Stadtteilen wollen wir einen Fonds schaffen. Damit sollen die Kommunen unterstützt werden beim An- und Verkauf von Leerstandsflächen. Hierzu wollen wir das Aufgabenfeld der HLG (Hessische Landgesellschaft) erweitern.

Der Fonds fördert zinslos für die Dauer von 24 Monaten Vorhaben in den hessischen Kommunen, die aufgrund ihrer Struktur- schwäche nicht selbst dazu in der Lage sind. Unter Einbindung

der Denkmalpflege kann die Kommune mittels Abbruch und Grundstücksbereinigung ein Quartier-Areal für Neubauzwecke innerorts erreichen. Der Rückfluss der ausgegebenen Darlehen erfolgt durch Weiterverkauf der Flächen.

Dorfgemeinschaftshaus 4.0

Die Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern in Dörfern und Bürgerhäusern in Kleinstädten war ein Kernpunkt des zu Beginn der 1950er Jahre aufgestellten sogenannten Hessenplans unter Federführung des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn. Dorfgemeinschaftshäuser sind noch heute ein wichtiger Teil ländlicher Infrastruktur, die für vielfältige Aktivitäten genutzt werden. **Wir Freie Demokraten wollen** die bestehenden Dorfgemeinschaftshäuser und Bürgerhäuser mit einem Förderprogramm „Dorfgemeinschaftshaus 4.0“ mit moderner IT-Infrastruktur ausstatten, sodass sie für moderne Nutzungsformen geöffnet werden.

Das Dorfgemeinschaftshaus 4.0 soll damit zu einem Digitalen Marktplatz mit Zugang zu digitalen Bildungs- und Homeoffice-Arbeitsplätzen werden. Zudem können hier auch Anlauf- und Unterstützungsstellen zu digitalen Angeboten für ältere Menschen oder Menschen die zuhause keinen Zugang zum Internet haben geschaffen werden.

Startscheck „Jung kauft alt“

Wir Freie Demokraten wollen insbesondere jungen Familien Wohneigentumsbildung ermöglichen und Leerstand in Ortskernen vermeiden und vorbeugen. Um Flächenverbrauch vorzubeugen und der Verödung von Ortskernen auf dem Land entgegenzuwirken, wollen wir einen landesweiten Startscheck „Jung kauft alt“ einführen. Mit zinsvergünstigten Darlehen über die WI-Bank wollen wir so einen Anreiz für junge Familien schaffen, Wohneigentum in Ortskernlagen des ländlichen Raums zu erwerben.

Ein Denkmalschutz der Denkmäler schützt – nicht Bauruinen

Derzeit gibt es – insbesondere im ländlichen Raum – viele alte Höfe und Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen und daher nicht abgerissen oder zu zumutbaren Kosten saniert werden können. In vielen Ortskernen sind durch strenge Denkmalschutzaufgaben Gebäude zu finden, die wegen ihres schlechten Zustands keinerlei Nutzung mehr zulassen. Denkmalschutzaufgaben verhindern vielerorts, dass die verfallenden Gebäude in einen nutzungsfähigen Zustand gebracht werden können.

Der Denkmalschutz ist an dieser Stelle zu einem Hemmnis geworden. Wir setzen uns deshalb für eine Reform des Denkmalschutzes in Hessen ein. Ziel dieser Reform soll es sein, Modernisierungsumbauten in denkmalgeschützten Gebäuden zu erleichtern und die Vorgaben dafür zu minimieren. Hohe Kosten für Denkmalschutzvorgaben dürfen nicht länger Investitionshemmnis sein, wenn Wohnraum geschaffen werden soll. Das Landesamt für Denkmalpflege bedarf einer grundlegenden Struktur- und Satzungsreform, so dass der Schutzstatus baufälliger Gebäude nach zu langer Zeit ohne bauliche Investitionstätigkeit leichter aufgehoben werden kann.

Aktive Strukturpolitik: Behördenstandorte in den ländlichen Raum verlagern

Die regionale Vielfalt ist in Hessen geografisch begründet und historisch gewachsen. Diese wollen wir bewahren und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Hessens schaffen. Den wirtschaftlichen Unterschieden wollen wir im Sinne einer aktiven Strukturpolitik unter anderem mit der gezielten Ansiedlung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen begegnen.

Dazu wollen wir weitere Behördenstandorte der Landesverwaltung aus dem Ballungsraum in die ländlichen Räume Hessens verlagern. Mit dieser Maßnahme erreichen wir Impulse für gute Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, eine Stärkung der Wirtschaftsstrukturen sowie positive Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung. Die dezentrale Ansiedlung von Arbeitsplätzen trägt damit zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land bei.

Medizinische Versorgung

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung gehört zu den größten Herausforderungen. Um die Attraktivität der Niederlassung auf dem Land zu fördern, können Kommunen künftig moderne, zentral gelegene Räumlichkeiten oder Infrastruktur für Arztpraxen bereitstellen sowie neue Niederlassungen fördern. Kommunen können sich zudem einbringen, um mit der KV Hessen eine gleichmäßige Verteilung und Besetzung der Kassensitze im ländlichen Raum hinzuwirken. Wo die Versorgung es erfordert, können medizinische Gesundheitsversorgungszentren eine Lösung sein.

Diese medizinischen Versorgungszentren, idealerweise von Ärzten selbst betrieben, sollen Qualität und spezialisierte Patientenversorgung regional bündeln. Sie können helfen, junge Ärztinnen und Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen. In solchen Zentren kann auch Raum für weitere Gesundheitsanbieter an einem Ort geschaffen werden.

Auch die Digitalisierung und Telemedizin bieten große Chancen, die bisher nicht ausreichend genutzt werden. So können durch die digitale Steuerung der Behandlungs- und Terminplanung wertvolle Zeit gespart werden. Die Nutzung KI-gestützter Anwendungen oder die Zuschaltung von Fachärzten per Video soll zum Standard werden. Digitale Lösungen sollen Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte in ihrem Alltag entlasten.

Patientinnen und Patienten auf dem Land sollen eine hochwertige medizinische Versorgung genießen. Daher ist auf gleichwertige und gleichmäßige Verfügbarkeit von Notfallzentren, Rettungsdienst, Grund- und Maximalversorger sicherzustellen.

Sprache und Dialekte

Sprache ist Kultur, Tradition und Heimat. Zur sprachlichen Vielfalt in Hessen gehören insbesondere auch die zahlreichen Dialekte. Leider ist seit den 1960er Jahren ein Rückgang der Verwendung von Dialekten im Alltag zu verzeichnen. Heute sind es größtenteils ältere Menschen, die noch Dialekt beherrschen und ihn in bestimmten Situationen sprechen. Jüngere Personen verfügen in vielen Regionen nur noch über eingeschränkte Dialektkenntnisse. Bei Kindern kommen Dialekte in ihrer traditionellen Form kaum noch vor. Sprache verändert sich, das gilt auch für Dialekte. Viele hessische Dialekte sind jedoch davon bedroht, gänzlich aus dem praktischen Sprachgebrauch zu verschwinden. Dialekte sind bedeutsam für die regionale Identität und stiften ein Gefühl von Heimat.

Vor diesem Hintergrund ist die Bewahrung von Dialekten und regionalem Sprechen insgesamt insbesondere für den ländlichen Raum von Bedeutung: Die Stärkung von Dialekten ist immer auch eine Stärkung des ländlichen Raums. Wir setzen uns für einen Erhalt der Dialekte als wichtiges Kulturgut in Hessen ein. Wir setzen uns deswegen dafür ein, die Förderung von Dialekten im Rahmen der Kulturförderung besonders zu berücksichtigen, eine Plattform „sprachliche Vielfalt“ mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zum Erhalt der Dialekte zu beauftragen und bereits im Lehramtsstudium für Dialekte und sprachliche Vielfalt zu sensibilisieren.

Finanzausstattung der Kommunen, Konnexität und kommunale Selbstverwaltung

Insbesondere kleine Kommunen im ländlichen Raum sind mittlerweile finanziell so schlecht ausgestattet, dass sie ihren Pflichtaufgaben kaum noch nachkommen können. Über die Pflichtaufgaben hinausgehende Investitionen können ohne entsprechende Förderprogramme des Landes kaum noch vorgenommen werden.

Der Kommunale Finanzausgleich muss überarbeitet werden, insbesondere bzgl. der Mittel für den ÖPNV, Krankenhäuser und Asyl/Flüchtlinge. **Für uns Freie Demokraten ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung**, dass die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Städte und Gemeinden erhalten bleibt. Gerade in Zeiten der Krise, wie wir sie gegen-





wärtig mit den Herausforderungen der geopolitischen Lage erleben, gewinnt dieser Aspekt besondere Bedeutung.

Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen haben auch auf die Städte und Gemeinden Einfluss, die zudem mit den finanziellen Einbußen der Corona-Pandemie zu kämpfen haben. Die Städte und Gemeinden sind in der Regel die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger; hier haben die Handlungsfähigkeit und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungen eine ganz besondere Bedeutung für das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Die Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung lösen jedoch die bestehenden langfristigen Herausforderungen nicht. Wir Freie Demokraten wollen langfristig die kommunale Selbstverwaltung erhalten und stärken und nicht schwächen und dazu auch die finanzielle Souveränität der Städte und Gemeinden erweitern.

Dazu bedarf es einer langfristig ausreichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, einer vollständigen Übernahme sämtlicher Kosten für ihnen übertragene Aufgaben und eines Ausbaus der kommunalen Zusammenarbeit, um bei grundsätzlicher Wahrung der gewachsenen Strukturen den Veränderungen Rechnung zu tragen.

Die unbedingte Wahrung des Konnexitätsprinzips (wer Aufgaben auf die Städte und Gemeinden überträgt, hat die damit verbundenen Kosten vollständig auszugleichen) bei gleichzeitiger Schaffung von Anreizen für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung ist für uns ein zentraler Baustein zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung.

Vereine und Ehrenamt

In den ländlichen Regionen spielen Vereine eine zentrale Rolle, nicht für die Freizeitgestaltung, sondern um wichtige soziale und caritative Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen. Besonders die Freiwilligen Feuerwehren sind zu erwähnen, deren Mitglieder in den Einsatzgruppen jeden Tag ehrenamtlich Leben retten und zwar nicht nur in den Städten und Gemeinden selbst. Sie stellen auch die Sicherheit entlang von Bundesautobahnen und Fernverkehrsstrecken der Deutschen Bahn sicher.

Ehrenamtliches soziales Engagement ist sehr vielfältig und reicht von der Unterstützung oder dem Betrieb einer Kindergruppe über die Mitarbeit in karitativen Organisationen, Kunst- und Kulturvereinen über Sport und Jugendarbeit, Bürgerbusse bis zur Pflegebetreuung.

Experten rechnen damit, dass den örtlichen Gemeinschaften und Vereinen aufgrund der demografischen Entwicklung künftig noch mehr Aufgaben im Bereich der sozialen Betreuung und Unterstützung zukommen. Da wo Kinder oder Verwandte fehlen, springt immer öfter die Dorfgemeinschaft ein.

Die ausufernde Bürokratie, Auflagen und Vorschriften machen den ehrenamtlichen Vereinsvorständen die Arbeit jedoch immer schwerer. Überzogene Datenschutzbestimmungen behindern die einfache Kommunikationswege, wie sie im privaten Bereich völlig normal sind.

Ehrenamtlich Aktive und Vereine wollen wir deshalb rechtlich besser stellen, Haftungsprobleme lösen und professionelle Unterstützungsmodule für die Vereinsarbeit bereitstellen. Die Anerkennung von Vereinsarbeit und ehrenamtlichen Engagement soll durch besondere Auszeichnungen herausgestellt werden.

Sicherheitsarchitektur in den ländlichen Gemeinden

Wir ermuntern die Gemeinden im ländlichen Raum dazu, bei KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) mitzumachen. Dieses Angebot dient dazu, die Sicherheitsarchitektur in den Gemeinden individuell weiterzuentwickeln und passgenaue Lösungen für Probleme vor Ort aufzubauen. Dabei soll Bestehendes auf den Prüfstand gestellt und eine detaillierte Maßnahmenliste erstellt werden, wie die Sicherheit vor Ort weiter verbessert werden kann. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. Alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen, sowie die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden sollen hierzu an einen Tisch geholt werden.





**» WIR WOLLEN DEN LÄNDLICHEN RAUM
ZUR HEIMAT DER ZUKUNFT MACHEN, IN DEM
WIR PERSPEKTIVEN FÜR BILDUNG,
ARBEIT, MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT AUCH
AUF DEM LAND SCHAFFEN! «**

Wiebke Knell



MODERNE LANDWIRTSCHAFT FÜR HESSENS ZUKUNFT

Unternehmerische Landwirtschaft sichert unsere Ernährung

Wir Freie Demokraten setzen uns für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer ein, damit sie eigenverantwortlich und auf Grundlage der guten fachlichen Praxis ihre Betriebe erfolgreich führen und weiterentwickeln können. Sie werden für eine sichere Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen und vielfältigen Nahrungsmitteln heute und in Zukunft gebraucht.

Zahlreiche agrarpolitische Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft immer weiter unter ihre Potenziale zu reduzieren. Demgegenüber hat der technologische Fortschritt mit stetig wachsenden Hektarerträgen dafür gesorgt, dass im Durchschnitt auf immer weniger verfügbarer Nutzfläche weiterhin ausreichende Erntemengen realisiert werden konnten. Die Arbeit der Landwirte darf deshalb nicht weiter eingeschränkt werden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Pflicht zur Bereitstellung von Ackerbrachen auszusetzen, welche die Grundlage für EU-Beihilfen sind. Vor dem Hintergrund des stark steigenden Bedarfs soll der Anbau von Weizen in Selbstfolge (Stoppelweizen) weiterhin möglich sein. Die Sicherung der Ernährung ist gleichrangig mit anderen wichtigen Zielen anzusehen wie Klimaschutz, Tierschutz und Umweltschutz.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ernährungssicherung als weiteres Staatsziel in die hessische Verfassung aufgenommen wird. Der Ökolandbau soll entlang der Nachfrage weiterentwickelt werden. Das von der bisherigen Regierung festgesetzte Ziel, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 % im Jahre 2025 auszuweiten, werden wir neu evaluieren.

Moderne Züchtungsmethoden als Chance sehen

Neue Nutzpflanzensorten, die Schädlingen oder Stressfaktoren wie Hitze und Trockenheit besser widerstehen, vorhandene Nährstoffe besser aufnehmen oder verbesserte Nährwertprofile zeigen, können ein Schlüssel zu einem nachhaltigeren Pflanzenbau sein. Dies ermöglicht einen nachhaltigeren Einsatz von Pflanzenschutz- und anderer Betriebsmittel, liefert stabilere Erträge unter sich verändernden klimatischen Bedingungen und trägt zu einer gesunden Ernährung bei. Moderne Züchtungsmethoden unter Einsatz innovativer biotechnologischer Verfahren wie „CRISPR/CAS“ spielen hierbei eine Schlüsselrolle.

Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien und eine Modernisierung des europäischen Gentechnikrechts. In Hessen müssen die Erforschung und Entwicklung neuer Sorten auf Basis dieser Technologien sowie die Erprobung im Freiland unkompliziert möglich sein. Nutzung und Verarbeitung dieser innovativen Sorten muss mit einer konsequenten Kennzeichnung einhergehen, die dem Verbraucher eine bewusste Entscheidung ermöglicht.

Vorfahrt für den Vertragsnaturschutz – Ausschreibungsmodell für Naturschutzleistungen

Neben ihrer Rolle als Erzeuger von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erbringen landwirtschaftliche Betriebe auch vielfältige Leistungen beim Klimaschutz, beim Erhalt der Artenvielfalt, beim Umwelt- und Gewässerschutz und bei der Landschaftspflege. Alle diese Leistungen sind für unsere Gesellschaft wichtig und müssen entsprechend vergütet werden.

Wir Freie Demokraten wollen dem Vertragsnaturschutz deshalb grundsätzlich Vorfahrt vor ordnungsrechtlichen Eingriffen einräumen. Damit sichern wir sowohl die Lebensgrundlage unserer Gesellschaft als auch die Zukunft der heimischen Bauern.

Wir Freie Demokraten wollen die Biodiversität mit Vertragsnaturschutz als zielgerichtetem Instrument evidenzbasiert ausbauen. Naturschutz als Dienstleistung von Land- und Forstwirten soll ein eigener Betriebszweig sein können. Als Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes soll ein Ausschreibungsmodell für die notwendigen Maßnahmen eingeführt werden. Land- und Forstwirte sollen sich auf die ausgeschriebenen Dienstleistungen bewerben können, um diese Leistungen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vergüten. Wichtig ist die Langfristigkeit und Verlässlichkeit der Verträge sowie eine regelmäßige Evaluierung der Zielerreichung. Die Bundes- und Landesbehörden sowie die Kommunen sollen angehalten werden, Grünbrücken zu planen und ihren Bau zügig durchzuführen.

Diskriminierungsfreie Förderung der Landwirtschaft

Wir unterstützen die Landwirtschaft auf ihrem Weg zu mehr Tierwohl, mehr Biodiversität und der Einführung moderner umweltschonender Technologien. Die Förderung wird unabhängig von bestimmten Produktionsweisen und Betriebsgrößen sein und sich ausschließlich an den sachlichen Zielen orientieren. Die Land- und Ernährungswirtschaft soll stärker bei der Erzeugung und Vermarktung von Spezialitäten und Produkten mit geschützter Herkunft (ggA, gU etc.) unterstützt werden.

Freiwilliges Jahr in der Landwirtschaft

Die Freien Demokraten fordern die Einführung eines „Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahres“ (FLJ) analog zu den bereits bestehenden Modellen von FSJ, FPJ und FÖJ. Mit dem Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahr wird jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, Einblicke in landwirtschaftliche Arbeitsprozesse zu gewinnen und ihr Bewusstsein für die Produktion von Lebensmitteln zu erweitern. Das FLJ könnte darüber hinaus der zunehmenden Entfremdung der Bevölkerung von der Landwirtschaft entgegenwirken. Im Dialog über die Zukunft des Agrarsektors würde diese Maßnahme auf einen Austausch statt auf die Verhärtung der Fronten setzen. Als Träger der Maßnahmen können Bauernverbände, Maschinenringe und Agrarunternehmen eingebunden werden.

Aus- und Weiterbildung in der Landwirtschaft

Die Entwicklung zeitgemäßer Ausbildungs- und Forschungsställe ist unerlässlich, um das Tierwohl in den Bereichen Gesundheit, Nahrung, Wasser, Verhalten, Vermeidung von negativem Stress und Förderung positiver Emotionen zu erforschen. Die kommenden Generationen von Tierhaltungssystemen müssen in Zusammenarbeit mit praktischen Landwirten und auf Basis wissenschaftlicher Fakten entwickelt werden. Dabei sollen auch ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 berücksichtigt werden. Das in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr hohe Ausbildungsniveau der landwirtschaftlichen Betriebsleiter muss mit diesen neuen Entwicklungen in der Nutztierhaltung Schritt halten.

Dies ist weiterhin innerhalb der verschiedenen landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Studiengänge sicherzustellen und nicht durch zusätzliche bürokratische Qualifizierungspflichten und Sachkundenachweise. Darüber hinaus sollen für Tierhalter tierartspezifische Weiterqualifizierungen angeboten werden. Bei allen Angeboten möchten wir die Potentiale des E-Learnings bei Aus- und Weiterbildung nutzen.

Regionale Lebensmittelversorgung

Die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung spielt für die Verbraucher in Hessen eine immer größere Rolle. Die bestehenden Strukturen halten mit der Verbrauchernachfrage jedoch nicht Schritt, sondern es fallen immer wieder regionale Verarbeitungsstätten aufgrund von hohen Auflagen weg. Dies trifft vor allem kleine und mittlere Schlacht- und Verarbeitungsstätten.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die von der EU vorgesehenen Erleichterungen für kleine und mittlere Schlacht- und Verarbeitungsstätten auch in Hessen angewendet werden. Es ist unser Ziel, dass die in Hessen aufgewachsenen Masttiere auch hier geschlachtet und verarbeitet werden können. Wir wollen die Wirtschaftsteilnehmer bei der Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten stärken, indem wir eine Vernetzung der landwirtschaftlichen Produzenten mit den Verarbeitern bis hin zum Lebensmitteleinzelhandel schaffen.

Ressourcen schützen – Flächenkonkurrenz lösen

Wir räumen dem Schutz des Bodens eine hohe Priorität ein. Wir wollen den Totalverlust an wertvollen Böden durch Bebauung und Versiegelung reduzieren.

Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die FDP will den Ländlichen Raum attraktiver gestalten, um die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume zum Stillstand zu bringen.
- Im Sinne einer hohen Flächeneffizienz werden wir die Mehrfachnutzung von Flächen (mehrere Nutzungen übereinander) forcieren.
- Bebauung von Freiflächen geht immer einher mit Kompensationsmaßnahmen. Dadurch wird der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen noch vergrößert. Wir wollen Anreize dafür setzen, dass Kompensationsmaßnahmen verstärkt im Objekt selbst umgesetzt werden.
- In der vertikalen Landwirtschaft steckt großes Potential.
- Wir werden die Forschung hierzu verstärken und Pilotprojekte anstoßen.

Mit guter Tierhaltung in die Zukunft

Die Anforderungen der Gesellschaft an das Tierwohl und damit an die landwirtschaftliche Nutztierhaltung steigen. Wir wollen es den Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen, diesen hohen Ansprüchen auf der Grundlage tragfähiger Geschäftsmodelle genügen zu können. Ausgehend von dem Leitbild der unternehmerischen Landwirtschaft stehen wir für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und einfordert.

Wir wollen, dass landwirtschaftliche Produkte auch in Zukunft aus Hessen kommen. Hierfür wollen wir sowohl die Erzeugung als auch die Verarbeitung und Vermarktung tierischer Produkte



stärken und einen weiteren Rückzug der Erzeugung aus Hessen verhindern. Hierzu bedarf es in erster Linie Planungssicherheit.

Um diese Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, wollen wir das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) mit einem Schwerpunkt auf dem Einsatz digitaler Techniken sowie dem Neu- und Umbau von Tierwohlställen deutlich aufstocken. Zwingend notwendig für die beschleunigte Anpassung ist die Vereinfachung der baurechtlichen Anforderungen. Das Bau-, Denkmal- und Immissionsschutzrecht muss auf die Möglichkeit zum Um- oder Neubau von Ställen angepasst werden.

Die bundesrechtlichen Bauvorschriften setzen wir 1:1 um. Genehmigungen für Umnutzungen umstellungswilliger Betriebe insbesondere in der Tierhaltung müssen unbürokratisch erteilt werden. Wir wollen den Tierschutz stärken. Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes müssen geschlossen werden, um der Verantwortung aus der ausschließlich dem Staat zustehenden Eingriffskompetenz gerecht zu werden.

Innovation und Digitalisierung für eine zukunftsfeste Landwirtschaft

Wir sind überzeugt, dass die vielfältigen Herausforderungen der Landwirtschaft und die unbestreitbaren Zielkonflikte nur mit Innovationen, neuen Technologien und dem wissenschaftlichen Fortschritt zu lösen sind. Präzisionslandwirtschaft und der Einsatz von digitalen Daten (Smart Farming) sind entscheidende Hebel, um Pflanzenbau und Tierhaltung zu optimieren und damit Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und Wirtschaftlichkeit zu vereinen.

Zukunftsinvestitionen ermöglichen: Um Zukunftsinvestitionen zur beschleunigten Anpassung an die ungeachtet von Investitionszyklen stetig steigenden Anforderungen an Tierhaltung sowie Umwelt- und Naturschutz zu ermöglichen, wollen wir das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) mit einem Schwerpunkt auf dem Einsatz digitaler Techniken deutlich aufstocken.

Hessischer Smart-Farming-Fonds: Die Modernisierung des Agrarsektors durch Digitalisierung soll mittels eines Landes-Risikokapital-Fonds vorangebracht werden. Der Fonds soll Startups und junge Unternehmen fördern, die Technologien entwickeln oder skalieren, die das Potenzial haben die Landwirtschaft wirtschaftlich deutlich weiterzuentwickeln. Der landesweite Ausbau des 5G-Netzes muss beschleunigt und Lücken im Netz im ländlichen Raum geschlossen werden.



Ohne effiziente Düngung und Pflanzenschutz geht es nicht

Düngeverordnung verursacherorientiert umsetzen: Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben.

Deshalb werden wir die Ausweisung der Roten Gebiete im Rahmen der Düngeverordnung mit dem Ziel überprüfen, eine verursacherorientierte Bewertung zu erreichen. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Nährstoffe so effizient wie möglich einzusetzen, ungewollte Verluste zu vermeiden und die Umwelt zu schonen.

Große Chancen sehen wir im Einsatz von Sensoren, Drohnen- oder Satellitendaten: Die Verknüpfung von Ertragskarten, Wetterprognosen und Bodenanalysen können die Effizienz im Pflanzenbau erheblich steigern. **Moderner Pflanzenschutz ist unverzichtbar: Wir wollen die gute fachliche Praxis beim Einsatz moderner Wirkstoffe stärken.**

Eine ausreichende Palette zugelassener Wirkstoffe ist notwendig, um Resistenzbildungen zu vermeiden. Deshalb darf die Entwicklung und Zulassung neuer Wirkstoffe nicht weiter verschleppt werden. Wir fordern, die Entwicklung und den Einsatz alternativer Methoden wie biologischer Pflanzenschutzmittel oder mechanischer Unkrautbekämpfung zu fördern.

Die Betriebe sollen bei der Anschaffung und dem Einsatz präziser Techniken und digitaler Technologien für eine zielgenaue Behandlung der Kulturen unterstützt werden. Die landwirtschaftliche Beratung und die Ausbildung müssen den Einsatz und Nutzen der Digitalisierung in Pflanzenschutz und Düngung stärker in den Mittelpunkt stellen.

Bürokratie abbauen, Kräfte entfesseln

Unternehmer und Privatpersonen verzweifeln an der komplexen Struktur der Förderprogramme und nutzen die Fördermöglichkeiten häufig nicht aus. Die Transparenz der Förderprogramme muss daher erhöht werden. Hierzu muss die Zahl der zuständigen Stellen reduziert werden und die beteiligten Dienststellen müssen besser vernetzt werden. Einheitliche Rahmenbedingungen in allen Förderprogrammen erleichtern die Bearbeitung in den Dienststellen und sind für Antragsteller übersichtlicher. Schließlich ist die Trennschärfe zwischen den Programmen deutlich zu verbessern.

Bei der Entwicklung neuer Programme ist auf die Effizienz der Zielerreichung ebenso zu achten wie auf geringstmöglichen Aufwand für Antragsteller und Verwaltung. Wir wollen eine Internetplattform einführen, die für potenzielle Antragsteller in übersichtlicher Form über Programminhalte, Ansprechpartner und formale Anforderungen umfassend Auskunft gibt. Die digitale Antragstellung über diese Plattform komplettiert das Angebot einer einfachen und transparenten Förderkulisse.

Ausbildung von Nachwuchskräften in der Agrarverwaltung

Eine gute Fachverwaltung benötigt gut ausgebildetes Fachpersonal. In der Landwirtschaftsverwaltung besteht in den nächsten Jahren weiterhin ein erheblicher Bedarf an Nachwuchskräften im gehobenen und höheren Dienst. Für die Vorbereitung der Hochschulabsolventen auf die Aufgaben in der Verwaltung wurde ein verwaltungsübergreifendes Ausbildungskonzept eingeführt (VPQ-Agrar). **Wir wollen dieses Konzept** zu einem Ausbildungssystem mit qualifizierenden Abschlüssen für den gehobenen und höheren Dienst weiterentwickeln. Wir setzen uns weiterhin für bessere Möglichkeiten des Wechsels von Wirtschaft in die Verwaltung und umgekehrt ein.



**» HESSEN BRAUCHT EINE
ZUKUNFTSORIENTIERTE LANDWIRTSCHAFT,
DIE SICH RECHNET. NUR DORT,
WO DIE MENSCHEN GELD MIT IHRER
ARBEIT VERDIENEN KÖNNEN,
WERDEN MODERNSTE PRODUKTIONS-
METHODEN EINGESETZT. «**

Wiebke Knell

WILD UND WALD NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN

Forstwirtschaft

Hessen ist das walddreichste Bundesland. Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Der hessische Wald wird bereits seit Jahrhunderten nachhaltig und naturnah bewirtschaftet und leistet damit einen verantwortungsvollen Beitrag zum Gemeinwohl. Natur- und Artenschutz im Wald stellen wir über Verträge mit den Eigentümern sicher, nicht über Ordnungsrecht.

Ideologische Grabenkämpfe, die durch die zwanghafte FSC-Zertifizierung des Staatswaldes entstanden sind, wollen wir beenden. Auch das Ziel, 10% des hessischen Staatswaldes aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen, lehnen wir ab. Untersuchungsergebnisse von Hessen Forst gemeinsam mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt in Göttingen haben sogar mittelfristig eine Verschlechterung der Artenvielfalt im stillgelegten Wald nachgewiesen. Insofern sind Flächenstilllegungen weder ökologisch, noch ökonomisch vorteilhaft.

Zum Cluster Forst und Holz in Hessen zählen über 57.000 Mitarbeiter in ca. 11.000 Unternehmen. Die Verwendung der Ressource Holz als nachwachsender Rohstoff und CO₂-Speicher ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Das Land Hessen sollte dieses vielseitige Potential nutzen, anstatt Holz von weit her. Pauschale Nutzungsverbote wie das Buchenmoratorium in FFH-Schutzgebieten lehnen wir ab. Die Nutzung von Holz in langlebigen Produkten ist ein wesentlicher Beitrag, den Hessens Wälder zur langfristigen Speicherung von CO₂ leisten können. Das gelingt nicht, in dem man immer mehr Wälder aus der Nutzung nimmt.

Mehrere aufeinander folgende Trockenjahre und die daraus resultierende Borkenkäferplage haben den hessischen Wäldern, insbesondere den Fichten-Monokulturen schwere Schäden zugefügt. Wir wollen die Waldbesitzer beim Aufbau klimastabiler Mischwälder unterstützen. Auch im Staatswald werden wir Wiederbewaldung forcieren und dabei auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen.

Jagd

Das Jagdrecht soll weiterhin Vertrauen in die Sachkunde und das selbst bestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern setzen sowie das Recht am Grundeigentum achten. Neben den berechtigten Interessen einer naturnahen Waldbewirtschaftung und

der dafür notwendigen Regulierung der Wildbestände wollen wir auch zum Schutz gesunder Populationen räuberische und invasive Arten kontrollieren. Jägerinnen und Jäger leisten eine wertvolle Arbeit für die Gesellschaft.

Wir lehnen es folglich ab, durch bürokratische Hürden, praxisfremde Verordnungen, unsachgerechte Abschusspläne oder Generalverdachte die Ausübung des Jagdhandwerkes zu erschweren. Gleichzeitig erkennen wir ausdrücklich an, dass Jägerinnen und Jäger nach einer umfangreichen und fundierten Ausbildung und einer staatlich vorgeschriebenen und anspruchsvollen Prüfung staatlich anerkannte Naturschützer sind.

Jägerinnen und Jäger haben eine Fürsorgepflicht für ihr Revier, sie investieren private Mittel sowie Zeit in den Artenschutz, in Biotoppflege und die Erhaltung eines gesunden Wald- und Wildbestandes. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Revierjagdsystem, das eine nachhaltige Form der Jagdausübung erst ermöglicht. Um der genetischen Verarmung des Rotwildes entgegenzuwirken, sprechen wir uns gegen die Isolation in Rotwildgebieten und für regional übergreifende und zusammenhängende Rotwildregionen aus, die eine gesunde Population ermöglichen.

Das Jagdrecht ist in seiner heutigen Form als Ausfluss von freiheitlichen Bestrebungen seit 1848 an das Grundeigentum gebunden. Für uns Liberale ist das Recht am Eigentum einer der Kernwerte unserer Gesinnung und genießt in Deutschland grundgesetzlichen Schutz. Die Jagdpolitik muss sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und darf nicht ideologischem oder populistischem Aktionismus geopfert werden.

Weidetierhaltung und Wolfsmanagement

Das unkontrollierte Wachstum der Wolfspopulation in Hessen ist nicht mit der Weidetierhaltung vereinbar. Mit Blick auf die Wildtiere und ihre natürlichen Wanderwege ist es nicht wünschenswert, immer höhere Zäune zu bauen. Der günstige Erhaltungszustand des Wolfs ist aus unserer Sicht in Hessen längst erreicht. Wir setzen uns für ein aktives Bestandsmanagement des Wolfs in Hessen ein, sobald der Bund die rechtliche Möglichkeit, wie bereits angekündigt, geschaffen hat. Dazu ist es zunächst notwendig, ein realistisches Bild über die in Hessen sesshaften Wölfe zu erhalten. Wir wollen das Wolfsmonitoring in Hessen professionalisieren und eine Populationsstudie in Auftrag geben. Problemwölfe müssen als solche benannt werden. Ihre Entnahme ist rechtlich bereits jetzt möglich.

Ausgleich für Wildschäden in Landwirtschaft und Fischzucht

Wir begrüßen, dass inzwischen wieder über 1.000 Biber in Hessen leben. Da, wo es zu Konflikten zwischen Biber und Fischzucht kommt, wollen wir Präventivmaßnahmen fördern und Ausgleichszahlungen ermöglichen.

Saatkrähen verursachen mittlerweile ernstzunehmende Schäden an landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Im Gegensatz zu Rabenkrähen ist eine reguläre Bejagung aufgrund des europarechtlichen Schutzes der Saatkrähe nicht möglich.

Bei akuten wirtschaftlichen Schäden durch Saatkrähen, wollen wir Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss unbürokratisch ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns für Ausgleichszahlungen für betroffene Landwirte ein, die wirtschaftliche Schäden durch Saatkrähen in Kauf nehmen mussten.

Fischerei

Wir wollen eine Fischerei, welche die Bestände erhält und den Natur- und Tierschutz sichert. Nachhaltige Angelfischerei in den Vereinen ist gelebter, praktischer Naturschutz und entsprechend anzuerkennen. Unsere Fischer pflegen Gewässer und arbeiten an





deren ökologischen Aufwertung, sie haben daher die Unterstützung der Landesregierung verdient.

Die Erfordernisse der Binnenfischerei müssen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie berücksichtigt werden. Wasserkraftwerke in natürlichen Flussläufen sollen die Laichwanderung nicht behindern. Den Einfluss von Wasserkraftanlagen auf die Fischpopulationen wollen wir erheben und bei Bestandsschädigung durch Umbau abhelfen, Neuanlagen dürfen nur unter der obigen Voraussetzung genehmigt werden.

Während die Fischbranche und Aquakultur weltweit zweistellige Wachstumsraten zeigt, geht die Zahl der hessischen Fischereibetriebe stetig zurück. Es ist zu befürchten, dass in den kommenden Jahren zahlreiche weitere Betriebe schließen werden. Die Förderlandschaft für Fischereibetriebe in Hessen ist im Ländervergleich sehr schwach ausgestattet, Fischereibetriebe werden von der Landespolitik strukturell vernachlässigt. Dadurch haben hessische Betriebe einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Betrieben aus benachbarten Bundesländern.

Die Schwarz-Grüne Landesregierung hatte eine Förderung der Fischerei im Koalitionsvertrag verankert, stattdessen aber die letzte noch bestehende Fördermöglichkeit gestrichen. Hessen ist damit das Bundesland mit den politisch schlechtesten Rahmenbedingungen in ganz Deutschland um Fischzucht zu betreiben.

Wir wollen diesen Zustand nicht hinnehmen. Fischzucht dient neben der Produktion von Fischen als hochwertiges, gesundes und nachhaltiges Lebensmittel ebenso dem Naturschutz. Wir wollen der Fischereibranche in Hessen die politische Wertschätzung geben, die sie verdient und dazu ein gut ausgestattetes Förderprogramm auflegen, welches Wettbewerbsnachteile hessischer Betriebe gegenüber anderen Bundesländern ausgleicht. nagement einzuführen benötigt zunächst Gesetzesanpassungen auf Bundesebene. Die Ampel-Koalition hat sich darauf verständigt, entsprechende Anpassungen durchzuführen und erarbeitet derzeit eine EU-rechtskonforme Lösung.

Der Übergang zu einem Bestandsmanagement ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich, aber aufgrund des hohen Schutz-

status nicht trivial. In Schweden, wo Wölfe regulär bejagt werden, sind mehrere Vertragsverletzungsverfahren der EU anhängig. Insofern geht bei diesem Vorhaben Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Forderungen der Hessischen FDP

Von der Einführung eines Bestandsmanagements ist der Umgang mit auffälligen Einzeltieren strikt zu unterscheiden. Während das Bestandsmanagement zunächst bundesrechtliche Anpassungen erfordert, kann die Entnahme von Problemwölfen bereits jetzt durch die Länder angeordnet werden.

Darüber hinaus haben die Bundesländer eine deutliche Verantwortung bei der Durchführung des Wolfsmonitorings sowie bei der Förderung von Herdenschutzmaßnahmen und bei der Abwicklung von Ausgleichszahlungen.

Deshalb fordern wir:

- Endlich mehr Transparenz und Kenntnisse über die Wölfe, die tatsächlich bei uns leben oder durch das Land ziehen durch eine Professionalisierung des Wolfsmonitorings.
- Die Aufnahme des Wolfs in das Landesjagdgesetz (bei ganzjähriger Schonzeit).
- Den Erlass einer Wolfsverordnung, um die komplexe Rechtslage, die es in Bezug auf den Wolf gibt, zu bündeln und die rechtssichere Entnahme von Problemtieren zu ermöglichen.
- Die konsequente Entnahme von auffälligen Einzeltieren.
- Die Schaffung einer Beweislastumkehr bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen, damit der Schadenausgleich erheblich vereinfacht und beschleunigt bearbeitet werden kann.
- Die Durchführung einer Populationsstudie nach niedersächsischem Vorbild, um valide Erkenntnisse über die in Hessen lebenden Wölfe zu erhalten.



IHRE ANSPRECHPARTNERIN

Wiebke Knell
Stellvertretende Landesvorsitzende
w.knell@ltg.hessen.de

FDP LANDESVERBAND HESSEN

Adolfsallee 11 / 65185 Wiesbaden /T: 0611 999060
hessen@fdp.de / fdp-hessen.de

BILDNACHWEISE

Titelbild ©Anna Lysikow
S. 4 Schüler mit Tablet ©dolgachov – istockphoto.com
S. 5 Wiebke Knell vor Fachwerkhäusern ©Anna Lysikow
S. 6 Arzt ©andrei_r – istockphoto.com
S. 7 Kinder Fußball ©matimix – istockphoto.com
S. 10 Wiebke Knell in Fahrzeug ©Anna Lysikow
S. 11 Eier ©Anna Lysikow
S. 12 Kalb ©Anna Lysikow
S. 13 Wiebke Knell bei Ernte ©Anna Lysikow
S.14 Wolf ©Wiebke Knell
S.15 Jäger ©Photographer and Illustrator – istockphoto.com
Rückseite Wiebke Knell vor Feld ©Anna Lysikow

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

VISDP

FDP LANDESVERBAND HESSEN

Adolfsallee 11 / 65185 Wiesbaden
T: 0611 999060 / hessen@fdp.de
fdp-hessen.de